



weiterhin zu Lasten unserer Sicherheit und unserer sozialen Systeme bedingungslos geöffnet bleiben sollen oder nicht. Kriminalität und Asylmissbrauch sagen wir zudem kompromisslos den Kampf an.

Wir stehen für:

- **Volksabstimmung** über die Mitgliedschaft am Schengen-Raum in Österreich
- **Kein Recht auf Asylanträge** in Österreich für jene, die laut Dublin II über einen sicheren Drittstaat kommen oder deren Antrag schon in einem anderen sicheren Land abgelehnt wurde
- **Schaffung von Asylwerberzentren** außerhalb der EU (z. B. in Nordafrika)
- **Mehr Geld für die Polizei**, um die **grenzüberschreitende Kriminalität wirksam bekämpfen** zu können
- **Verstärkte Videoüberwachung** der Grenzübergänge

Österreich denkt um

Multikultureller Einheitsstaat & EU-Erweiterung um jeden Preis sind dumm

Während SPÖ, ÖVP, Grüne und NEOS begrüßen, dass die EU zu einem multikulturellen Einheitsstaat wird, setzt sich die FPÖ für den Erhalt der kulturellen Identität der europäischen Völker ein. Dazu gehört ein klares Bekenntnis gegen Massenzuwanderung, Islamisierung, den EU-Beitritt der Türkei und die Schaffung einer europäischen „Einheitsgesellschaft“. Wir wollen die Vielfalt der europäischen Hochkulturen auf der kulturellen Basis des Abendlandes und den



Werten des Christentums erhalten und weiterentwickeln. Dazu gehört auch ein Zuwanderungsstopp für die EU und für Österreich.

Wir stehen für:

- **Stopp der Islamisierung Europas** – Zuwanderungsstopp aus Drittstaaten (z. B. aus Afrika und Asien)
- **„Türkei nicht dabei“** – kein EU-Beitritt der Türkei, sofortiger Abbruch der Beitrittsverhandlungen
- **Genereller Erweiterungsstopp** – keine schrankenlose Ausweitung der Europäischen Union auf geographisch, kulturell, religiös und ethnisch nichteuropäische Gebiete
- **Erhalt der kulturellen Identität Europas** – Definition eines europäischen Leitkulturbildes sowie Bewahrung der abendländisch, christlich geprägten Tradition
- **Aktive Ausübung der Schutzmacht-Funktion** Österreichs für altösterreichische, deutsche Minderheiten im Ausland und für Südtirol

Österreich denkt um

EU-Überwachungsstaat & Überregulierung sind dumm

SPÖ, ÖVP, Grüne und NEOS unterstützen EU-Bestrebungen, die eine Art gläsernen Einheitsmenschen ohne Geschlechterdifferenz hervorbringen wollen, der in Abhängigkeit von einer undemokratischen Bürokratie lebt, der kritikloser Massenkonsument sein soll und der totaler Überwachung aus-

gesetzt ist. – Die FPÖ dagegen setzt sich für den Erhalt der traditionellen Familie ein und kämpft gegen Genderwahn, Dekadenz und Hedonismus. Wir wollen eine geburtenfreundliche Familienpolitik, die den europäischen Völkern mit eigenen Kindern die Zukunft sichert. Zugleich lehnen wir eine Aufweichung der Bürgerrechte durch einen Überwachungsstaat entschieden ab.

Wir stehen für:

- Ein **„Europa der Vaterländer“** samt **demokratischem Mitspracherecht ihrer Völker** anstatt einer Entmündigung der Bürger durch demokratisch nicht legitimierte EU-Institutionen
- **Politik der sauberen Hände** – Sparsamkeit, Transparenz und **strengste Strafen bei Korruption**, Begrenzung des Lobbyismus
- **Abbau sämtlicher Überwachungsinstrumente** wie etwa Vorratsdaten- oder Fluggastdatenspeicherung – für eine freiheitliche Bürgergesellschaft
- **Abkehr von der Regulierungswut** – gegen wahnwitzige Projekte wie Gurkenkrümmung oder Glühbirnenverbot



www.fpoe.at

FPÖ
TEAM ROT-WEISS-ROT



Österreich denkt um

Zu viel EU ist dumm



Österreich denkt um

EU-Zentralismus & Regulierungswahn sind dumm

Während SPÖ, ÖVP, Grüne und NEOS dem Brüsseler Zentralismus huldigen und noch mehr österreichische Kompetenzen an die EU abtreten wollen, kämpft die FPÖ für den Erhalt unserer Souveränität und gegen eine ausufernde EU-Bürokratie. Wir wollen keinen zentralistischen Bundesstaat nach dem Muster der USA, sondern eine europäische Konföderation souveräner Nationalstaaten mit einer starken direktdemokratischen Komponente.

Wir stehen für:

- **Anerkennung des Rechts auf Selbstbestimmung** aller europäischen Völker durch die EU als Grund- und Menschenrecht
- **Renationalisierung von Kompetenzen** – Gesetzgebung durch Änderung der **EU-Verträge** wieder **stärker** auf die **nationalen Parlamente rückverlagern**
- **Schaffung echter direkter Demokratie** in Österreich als Gegengewicht zum EU-Zentralismus
- **Halbierung der österreichischen EU-Beiträge**
- **Aktive Neutralitätspolitik** Österreichs als Vermittler bei Konflikten
- **Neuordnung des EU-Fördersystems** wie etwa der **Agrarförderung**, das zum sündteuren „bürokratischen Monster“ verkommen ist
- **Ende des „Wanderzirkus“** des Europäischen Parlaments – **Straßburg als einziger und fixer Standort**



Österreich denkt um

Sozialabbau & Globalisierungswahn sind dumm

Während SPÖ, ÖVP, Grüne und NEOS der immer stärker werdenden Macht der Konzerne innerhalb der Europäischen Union nichts entgegenzusetzen, richtet sich die Kritik der FPÖ gegen die ausufernde Globalisierung sowie gegen Lohndumping, Sozialtourismus und das Diktat der internationalen Finanzmärkte. Wir wollen vielmehr soziale Sicherheit und Gerechtigkeit in allen Mitgliedstaaten und stehen deshalb für den Erhalt unserer nationalstaatlichen, gewachsenen Solidarsysteme und unserer sozialen Netze. Umverteilungsmechanismen zu Lasten der Österreicher wollen wir abstellen.

Wir stehen für:

- **Vorrang für heimische Arbeitskräfte** – Beschränkung des EU-Freizügigkeitsprinzips durch eine sektorale Schließung des österreichischen Arbeitsmarkts für EU-Bürger und Nicht-EU-Bürger
- **Beschränkung der EU-Binnenwanderung** – keine bedingungslose Niederlassungsfreiheit für EU-Bürger, die eine Einwanderung in das heimische Sozialsystem ermöglicht
- **Kampf gegen Reallohnverluste, Kaufkraftschwund, Mieten- und Gebührenwucher** – für Mindestlöhne, steuerliche Entlastung der Einkommen, Wertanpassungen bei Pensionen und Sozialleistungen (Kindergeld, Pflegegeld etc.) sowie für Gebühren- und Mietpreisstopp



- **Effektive Maßnahmen gegen Lohndumping und soziale Verwerfungen**, die vor allem durch Arbeitspendler aus den neuen EU-Ländern in Osteuropa verursacht werden
- **Sozialleistungen nur nach dem Herkunftslandprinzip**: Jeder Nichtstaatsbürger soll an Transferleistungen bei uns nur das erhalten, was ihm in seinem Heimatland zusteht – Schluss mit dem Export von Familienleistungen ins Ausland
- **Ablehnung des Freihandelsabkommens** zwischen der EU und den USA, das die Macht der globalen Konzerne stärkt und den Schutz der Konsumenten aushöhlt

Österreich denkt um

Das EURO-System samt Finanzierung der Pleite-Staaten ist dumm

SPÖ, ÖVP und Grüne sind mit ihrer Zustimmung zum ESM-Haftungswahnsinn mitverantwortlich dafür, dass Milliarden Euros an EU-Pleite-Staaten und Spekulationsbanken gehen. Die NEOS unterstützen sie dabei. Die FPÖ kämpft für ein Ende der Haftungen, weil wir unser Geld im eigenen Land brauchen. Wir wollen den Erhalt der nationalstaatlichen Volkswirtschaften, kein Diktat der multinationalen Konzerne und kämpfen gegen die Fehlkonstruktion der Euro-Einheitswährung. Sollte es nicht gelingen, den Euro zu stabilisieren, beinhaltet dies auch die Möglichkeit einer eigenständigen Wirtschafts- und Währungspolitik. Das heißt: eine Rückkehr zu nationalen Währungen oder die Einrichtung einer Währung auf Basis eines Verbundes ähnlich starker Volkswirtschaften.



Impressum: Freiheitliche Partei Österreichs, Friedrich-Schmidt-Platz 4/3a, 1080 Wien

Wir stehen für:

- **Zwingende Volksabstimmung in Österreich** über den Verbleib im „Europäischen Stabilitätsmechanismus“ (ESM) – Nein zur europäischen Schulden- und Haftungsunion
- **Bei Nicht-Stabilisierung des Euro** rasche **Restrukturierung der Eurozone** durch Austritt der schwachen Volkswirtschaften und Reduzierung auf wirtschaftlich ähnlich starke Volkswirtschaften
- **Aktive Hartwährungspolitik** statt Massenentwertung durch laufende Geldentwertung (Inflation)
- **Persönliche Haftung** sowie **strafrechtliche Konsequenzen für Manager von Spekulationsbanken**
- **„Banken in die Schranken“** – Stärkung der Kontrolle von Bankgeschäften und Schaffung der Möglichkeit von Bankkonkursen
- **Trennung von normalen Geschäftsbanken und Spekulationsbanken** – **strenges Spekulationsverbot** für Bund, Länder und Gemeinden

Österreich denkt um

Schrankenlose Kriminalität & Asylmissbrauch sind dumm

SPÖ, ÖVP, Grüne und NEOS ignorieren die Tatsache, dass organisierte Kriminalität, Schlepperunwesen sowie Kriminaltourismus seit der Grenzöffnung im Rahmen des Schengen-Abkommens innerhalb der EU massiv zugenommen haben. Ein gewaltiger Asylstrom in Richtung Österreich, das durch das Dublin II-Abkommen eigentlich von sicheren Drittstaaten umgeben ist, kommt dazu. Die FPÖ will daher im Interesse der Sicherheit der österreichischen Bevölkerung einen Volksentscheid darüber, ob unsere Grenzen

